

Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an den Landrat

betreffend Fit für die Zukunft BL: Strategie für Rangierung «überdurchschnittliches Wachstumspotenzial» im kantonalen Wettbewerbsindikator der UBS

2021/255

vom 28. Juni 2023

1. Ausgangslage

In ihrem am 22. April 2021 eingereichten und am 5. Mai 2022 überwiesenen Postulat verlangte die FDP-Fraktion vom Regierungsrat die Entwicklung einer Strategie, mit der das Ziel angestrebt und erreicht werden kann, künftig im kantonalen Wettbewerbsindikator in der Gruppe mit «überdurchschnittlichem Wachstumspotenzial» zu rangieren. Hintergrund ist die Feststellung, dass der Kanton Basel-Landschaft, trotz guter Wirtschaftsstruktur, Innovationskraft und Erreichbarkeit, im UBS-Wettbewerbsindikator der Kantone 2018 lediglich auf Platz 9 aller Kantone rangierte.

Wie der Regierungsrat in seinem Bericht ausführt, beruht der kantonale Wettbewerbsindikator (KWI) auf den von der UBS definierten acht Säulen der Wettbewerbsfähigkeit: Wirtschaftsstruktur, Innovation, Humankapital, Arbeitsmarkt, Erreichbarkeit, Einzugsgebiet, Kostenumfeld und Staatsfinanzen. Die Rangierung beim KWI ist laut Regierungsrat mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten. Verschiedene am Index vorgenommene Anpassungen haben sich über die Jahre nachteilig für den Kanton Basel-Landschaft ausgewirkt. Vor zehn Jahren lag der Kanton noch auf Rang 5, mit der Zeit rutschte er nach unten. Baselland erhält jedoch seit 2016 das Prädikat «solid» und die Rangierung hat sich mittlerweile verbessert, was insbesondere mit der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform SV17, einer weiteren Stärkung der Innovationskraft sowie relativer Verbesserung bei der Erreichbarkeit zu tun hat. Wesentliche Schwächen sind beim Arbeitsmarkt (Rang 20), den Staatsfinanzen (Rang 22) auszumachen. Bei der Wirtschaftsstruktur (Rang 3), Erreichbarkeit (Rang 4) und Innovationskraft (Rang 6) wurden überdurchschnittlich gute Werte erzielt. Schwächen sind der Arbeitsmarkt (deutlich unter dem Median), und, bedingt durch die demografische Entwicklung, die Struktur (der Kanton ist relativ alt und die Zahl der Leute im erwerbsfähigen Alter ist rückläufig). Die Staatsfinanzen sind nach wie vor eine Herausforderung. Insgesamt befand sich der Kanton im Jahr 2021 auf Rang 7 von 26 Kantonen.

Aus Sicht des Regierungsrates ist es aufgrund mangelnder Einflussnahme nicht zielführend, seine Strategie gezielt auf die Platzierung beim KWI auszurichten. Es gibt weitere wichtige standortpolitische Rahmenbedingungen und staatliche Aufgabenbereiche, welche im KWI nicht abgebildet sind. Dazu gehören Flächenverfügbarkeit und Arealentwicklung, die administrative Belastung der Unternehmen (Stichwort Digitalisierung der Behördengänge), Angebote der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung, Programme zur besseren Ausschöpfung des vorhandenen inländischen Arbeitskräftepotenzials, digitale Infrastrukturen (Stichworte Homeoffice, Industrie 4.0) und Weiteres. Der Regierungsrat legt in der Langfristplanung den Fokus auf die drei Schwerpunkte digitale Transformation der Verwaltung, Klima- und Energiepolitik und Standortqualität. Er ist überzeugt, mit dem entsprechenden Programm die wirtschaftliche Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft zu erhalten und langfristig weiter zu verbessern, was sich auch positiv auf die Positionierung beim kantonalen Wettbewerbsindikator auswirken dürfte. Bei der nächsten Überarbeitung des AFP 2024–2027 soll dennoch die kantonale Zielsetzung für die Positionierung beim KWI angepasst und eine «hohe» Positionierung angestrebt werden. Damit beantragt der Regierungsrat, den Vorstoss abzuschreiben.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission befasste sich mit der Vorlage an ihrer Sitzung vom 2. Juni 2023. Neben Regierungsrat Thomas Weber und VGD-Generalsekretär Olivier Kungler nahmen an der Sitzung teil: Thomas Kübler, Leiter Standortförderung Baselland, und Thomas Stocker, zuständig für Wirtschaftspolitik in der Standortförderung.

2.2. Eintreten

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

2.3. Detailberatung

Die Kommissionsmitglieder verdankten den wertvollen Überblick, welcher die Situation und die Bedingungen für Unternehmen und Arbeitnehmende im Kanton gut aufzeige. Ein Teil der Kommission verdeutlichte die Wichtigkeit, sich im Ranking zu verbessern und dazu insbesondere die Kostenstrukturen im Blick zu haben, die den Unternehmen am meisten Bauchschmerzen bereiten. Der andere Teil der Kommission fokussierte stärker auf soziale Faktoren wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und stellte fest, dass der Kanton bei den Themen Humankapital/Arbeitsmarkt den grössten Aufholbedarf hat, während er in diversen Bereichen (Steuern oder Innovation) relativ viel investiert. Einigkeit herrschte wiederum bei der Einschätzung, dass am Ende alles mit allem zusammenhänge.

Ein Kommissionsmitglied wies darauf hin, dass im Sorgenbarometer der Firmen die hiesigen Kostenstrukturen besonders stark ausschlagen. Das Mitglied unterstrich in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Massnahmen wie dem «Tax Credit System» im Rahmen des OECD/G20-Steuerprojekts, womit eine Verschlechterung der steuerlichen Attraktivität des Kantons verhindert werden soll. Es handelt sich dabei um einen Anrechnungsfaktor, der sich für die Begleichung der Steuerrechnung einsetzen lässt. Mittels eines externen Projekts werden derzeit Eckwerte einer solchen Kompensationslösung im Steuerbereich erarbeitet und eine mögliche Einführung bewertet. Ein anderes Mitglied warnte davor, beim Versuch, im UBS-Ranking wieder aufzusteigen, das Gesamtgefüge und die wechselseitige Abhängigkeit der einzelnen Parameter aus den Augen zu verlieren. Baselland liege beim Kostenumfeld (Löhne, Energiepreise, Büromietpreise, Gewinn-, Einkommens-, Kapitalsteuerbelastung etc.) im Mittelfeld, bei den Staatsfinanzen jedoch deutlich darunter. Würden nun die Steuereinnahmen nach unten reguliert, könnte das laut dem Mitglied zur Folge haben, dass dieser Wert weiter sinke.

Die Direktion hielt dem entgegen, dass eine Reduktion von Steuern oder Gebühren zwar kurzfristig zu geringeren Einnahmen führen würde, längerfristig jedoch Mehreinnahmen generieren könnte, insofern der Kanton dadurch für Unternehmen attraktiver würde. Zudem wies die Direktion darauf hin, dass «S&P Global Ratings» Ende 2022 die Schuldnerqualität des Kantons Basel-Landschaft mit der Bestnote AAA bewertet habe, was im UBS-Ranking (noch) nicht berücksichtigt ist. Die neuesten Zahlen, so zeigte sich die Direktion überzeugt, dürften gesamthaft zu einer besseren Beurteilung führen.

Mehrere Mitglieder kritisierten am Index, dass er in seinen acht Säulen der Wettbewerbsfähigkeit ausschliesslich «harte» ökonomische oder steuerliche Faktoren berücksichtigt, soziale Faktoren hingegen nicht vorkommen. So wurde insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als eine wesentliche Bedingung für die Attraktivität der Region für junge Doppelverdiener-Paare mit Kindern vermisst. Besonders wichtig ist in dieser Hinsicht das Angebot von Teilzeitstellen, die es dem jeweils anderen Partner erlauben, ebenfalls reduziert zu arbeiten, was zumal in frühen Familienphasen wichtig ist. Ein Mitglied wies darauf hin, dass es in der Schweiz vielen Frauen immer noch nicht möglich sei, guten Gewissens voll zu arbeiten, weil entsprechende Modelle für die Kinderbetreuung vielerorts nur stiefmütterlich gepflegt werden oder zu teuer sind.

Die Direktion bestätigte, dass es sich bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf um einen zu-

nehmend wichtigen Standortfaktor handle und das Thema deutlich präsenter sei als noch vor ein paar Jahren. Zudem haben in den letzten Monaten mehrere Studien den Einfluss von Teilzeitangeboten, der Steuerbelastung für den Haushalt und der familien- und schulergänzenden Betreuung (FEB/SEB) auf die Frauenerwerbsquote aufgezeigt. Letzteres ist auch Kern eines Projekts, das von der Regierung lanciert wurde und die Weiterentwicklung von FEB/SEB, die Finanzierbarkeit für die Erziehungsberechtigten sowie die Verbesserung des Zugangs zu den Angeboten zum Ziel hat. Zudem soll versucht werden, die Schnittstelle zur Wirtschaft und den Unternehmen sicherzustellen. Hintergrund dieser Initiative ist, dass das Baselbiet zu den teuersten Kantonen bezüglich familien- und schulergänzenden Betreuungsangeboten gehört.

In einem Exkurs wurde ein Licht auf Untersuchungen geworfen, die belegen, dass der aktuelle Arbeitskräftemangel nicht nur damit zu tun hat, dass weniger junge Leute in den Arbeitsmarkt nachkommen, sondern auch einer zeitlich etwa um ein Viertel geringeren Leistungsbereitschaft als früher geschuldet ist. Das Bedürfnis, Teilzeit zu arbeiten, ist heute weit verbreitet und hat längst nicht nur mit der Familiensituation zu tun, sondern scheint allgemein einer neuen postmateriellen Definition der Work-Life-Balance zu entspringen. Sehr häufig wird vom Kanton als Arbeitgeber zudem verlangt, dass er auch in höheren Positionen Home Office anbietet.

Ein Teil der Kommission war der Meinung, dass der Index das Thema Erreichbarkeit (Rang 4) nicht ganz richtig erfasst habe. Die vielen Stau-Stunden in der Region seien eher ein Hinweis darauf, dass in diesem Bereich auch hinsichtlich der S-Bahn-Anbindungen ein grosses Verbesserungspotential bestehe, insbesondere mit Blick auf Boom-Gebiete wie Salina Raurica und Bachgraben Allschwil. Die Direktion verdeutlichte, dass der Index in diesem Punkt auf die Reisezeiten zu internationalen und regionalen Flughäfen, zu Metropolräumen, regionalen Zentren und Universitäten mit Individual- und öffentlichem Verkehr fokussiere.

3. Beschluss der Kommission

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission schreibt das Postulat mit 12:0 Stimmen ab.

28.06.2023 / mko

Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission

Balz Stückelberger, Präsident